

Ersteht in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postämter u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. K. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Hag,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 50 Pf. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Buchhandlungen auf den 1ten
u. 15ten Monat und auf den
1ten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Herzgth. Sachl.-Meiningen
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreizehnhundert Petit-Zeile berechnet.

Nr. 46.

Freitag, 23. April.

1875.

Offizielles Kriegsgeheul.

Die Pressepolitik des deutschen Reichs haben wieder einmal Befehl erhalten, in die Kriegstrompete zu tuten. Das gottlose verkommene Frankreich will das gottessüchtige und unter der Herrschaft des Böfenschwinds, der Gründungen und des Krachs so herrlich emporblühende Deutschland nun einmal um keinen Preis in Ruhe lassen. Frankreich rüftet auf tollstallstem Maßstab, und die Hochdruckgeschwindigkeit, mit der diese Rüstungen betrieben werden, ist der beste Beweis, daß es beabsichtigt, womöglich schon im nächsten Jahr über das unschuldlige friedfertige Bismarck'sche Reich herzufallen, das bekanntlich nie das kleinste Bißchen getrübt hat, das in einem fort abrüstet, und von dem nur die reichsfeindliche Presse die Beklumdung verbreitet, es habe seiden erst durch ein Landsturmgesetz zwei Millionen Bürger in Reservisten verwanbelt.

Die Pressepolitik haben einen schweren Stand. Während sie im Dienst des auswärtigen Amtes das Reich als ein Lamm von unerhörter Sanftmuth darstellen müssen, findet es das Kriegsministerium in seinem Interesse, dem deutschen Bourgeois verständlich zu machen, daß für sein schweres Steuergeld auch etwas geschieht, daß die beschlossenen Rüstungen auch wirklich ausgeführt, die Festungen gebaut, die Cadres und Mobilmachungspläne für die vielen „Beurlaubten“ fertig gemacht werden, daß die Schlagfertigkeit des Heeres sich mit jedem Tage erhöht. Und da die in dieser Beziehung gemachten Mittheilungen authentisch sind und obendrein von sachverständigen Leuten herrühren, so sind wir vollkommen im Stande, das Kriegsgeheul der Preugen zu beurtheilen.

Das neue französische Cadresgesetz giebt den Vorwand ab zu dem ganzen Kram. Vergleichen wir also die dadurch in Frankreich voreinst noch auf dem Papier — geschaffenen Einrichtungen mit den in Deutschland wirklich bestehenden, und halten wir uns dabei, der Kürze wegen, vorzüglich an die entscheidende Waffe, die Infanterie.

Im Ganzen stellt sich heraus, daß das neue französische Gesetz eine bedeutend verschlechterte Ausgabe des preussischen ist.

Die französische Linien-Infanterie soll bestehen aus 144 Linien-, 4 Jägers- und 3 Turcos-Regimenter à 4 Bataillonen, 80 Jägerbataillonen, 4 Fremden- und 5 Strafbataillonen, im Ganzen 643 Bataillonen, wogegen die deutsche Linien-Armee allerdings nur mit 468 Bataillonen figurirt. Diese Ueberlegenheit der französischen Linie ist jedoch purer Schein.

Erstens hat das französische Bataillon, wie das preussische, zwar vier Kompagnien, aber jede Kompagnie nur vier Offiziere, statt fünf, und von diesen vier ist Einer ein Reserve-Offizier, welche Species bis jetzt in Frankreich noch gar nicht existirt. In Frankreich kam bisher auf 35—40 Mann ein Offizier, und bei dem veralteten und umständlichen französischen Exercier-Reglement ist das auch nöthig, während man in Preußen mit einem Offizier auf 50 Mann ganz gut fertig wurde. Es ist dies aber auch das Maximum, und war man daher auch in dem Ausschuss der Nationalversammlung, der dies Gesetz beriet, darüber einig, daß man höchstens 200 Mann in die Kompagnie werde einstellen können. Die französische Kompagnie ist also gegen die preussische numerisch um 25 Prozent schwächer, und da der Reserveoffizier vor der Hand nicht existirt und auch auf lange Jahre hinaus nicht existiren wird, ihr auch in organisatorischer Beziehung bei Weitem nicht gewachsen. Da aber jetzt die Kompagnie — durch die Hintertür — die taktische Einheit im Gefecht geworden ist, und das Gefecht der Kompagnie-Kolonnen und der auf sie gestützte Tirailleurkampf starke Kompagnien erfordert, so hat die Nationalversammlung hier der französischen Armee den größten Schaden angethan, den sie ihr antun konnte.

Die französische Linie zählt demnach auf dem Kriegsfuß 606 Linienbataillone à 800 Mann 484,800 Mann,
Jägers-, Turcos-, Fremdenlegion, Strafbataillone 46,000 „
Zusammen 530,800 Mann.

Wovon aber mindestens 40,000 Mann für Algerien abgehen, die erst verwendbar werden, sobald neue Formationen im Stande sind, sie abzulösen. Es bleiben also zur Eröffnung des Kriegs 490,800 Mann Infanterie. Die 468 Bataillone der deutschen Infanterie zählen jedes 1050 Mann auf dem Kriegsfuß, zusammen nach offizieller Angabe 490,480 Mann, fast genau soviel wie die französische Linie.

Bis hierher also Gleichheit der Zahl, bessere und stärkere Organisation auf Seite Deutschlands. Jetzt aber kommt der Unterschied.

Auf Seite Frankreichs machen obige 643 schwache Bataillone die gesamte Infanterie aus, für welche überhaupt eine kriegsmäßige Organisation besteht. Allerdings sollen die 318 Depot-Kompagnien der Linie und der Jäger im Ganzen 249,480 überzählige Reservisten enthalten (eingeschlossen 60, resp. 40 Offiziere und Unteroffiziere per Kompagnie), aber hiervon existiren bisher bloß die Leute, und zwar größtentheils ganz unexercirt, und die Exercirten mit meist nur sechsmonatlicher Dienstzeit. Von den Offizieren und Unteroffizieren ist höchstens ein Viertel vorhanden. Bis diese 318 Depotkompagnien sich in 318 mobile Bataillone verwandeln, kann der ganze Feldzug entschieden sein, und was davon ins Feuer kommt, wird an Qualität die Mobilgarden von 1870 nicht übertreffen. Dann bleibt noch die Territorial-Armee, die die Leute vom 30. bis zum 40. Jahr umfaßt, und die in 144 Regimentern zu 3 Bataillonen, also 432 Bataillonen organisiert werden soll. Alles dies besteht nur auf dem Papier. Um eine solche Einrichtung wirklich durchzuführen, braucht man an

10,000 Offiziere und 20,000 Unteroffiziere, von denen bis jetzt fast ausschließlich kein Einziger vorhanden ist. Und woher sollen diese Offiziere kommen? Es hat fast zwei Generationen gedauert, bis in Preußen die einjährigen Freiwilligen brauchbare Reserve- und Landwehr-Offiziere lieferten; noch in den vierziger Jahren wurden sie in fast allen Regimentern als ein Schaden angesehen und demgemäß behandelt. Und in Frankreich, wo eine solche Institution gegen alle Traditionen der revolutionären Gleichheit verstoßt, wo die Einjährigen von den Offizieren verachtet und von den Soldaten gehäßt werden, ist mit ihnen erst recht nichts anzufangen. Eine andere Quelle für Reserve-Offiziere existirt aber nicht.

Was die Unteroffiziere und Leute angeht, so prählten bekanntlich die Sieger von Sabowa 1866, daß das lange Bestehen des Landwehrsystems in Preußen ihnen einen Vorsprung von zwanzig Jahren vor jedem andern Land gebe, welches dasselbe System annehme; erst wenn die ältesten Jahrgänge aus gedienten Leuten beständen, trete Gleichheit mit Preußen ein. Das scheint man jetzt vergessen zu haben, wie auch, daß in Frankreich nur die Hälfte des Jahreskontingents wirklich dient, die andere Hälfte nach sechsmonatlichem Dienst (was bei den heutigen pedantischen Reglements gänzlich ungenügend) entlassen wird, Reserve und Landwehr in Frankreich also größtentheils, im Vergleich mit der preussischen, aus Rekruten besteht. Und da thut man, als ob man sich vor der jetzigen französischen Territorial-Armee fürchte, die aus demselben ungeübten Kanonensutter besteht, das 1870 und 71 an der Loire und bei La Mans vor halb so starken aber disciplinirten deutschen Abtheilungen sich nicht halten konnte!

Damit noch nicht genug. In Preußen hat man, nach bitteren Erfahrungen, das Mobilmachen endlich gelernt. In elf Tagen ist die ganze Armee schlagfertig, die Infanterie schon weit früher. Dazu gehört aber, daß Alles auf die einfachste Weise eingerichtet und daß namentlich jeder einzelne Beurlaubte schon im Voraus dem Truppenteile zugewiesen ist, in den er eintreten soll. Die Grundlage hierzu ist, daß jedes Regiment seinen ständigen Rekrutierungsbezirk hat, aus dem sich auch das entsprechende Landwehrregiment in erster Linie ergänzt. Das neue französische Gesetz dagegen weist die Rekruten und Reservisten demjenigen Regiment zu, das sich bei der Mobilmachung gerade im Bezirk befindet. Es geschah dies einer seit Napoleon eingebürgerten Tradition zu Liebe, nach der die einzelnen Regimenter abwechselnd in allen Theilen Frankreichs garnisoniren und sich möglichst aus ganz Frankreich rekrutiren sollen. Mußte man das Letztere fallen lassen, so beharrte man um so entschiedener auf dem Ersteren, und machte damit jenen befähigten organischen Zusammenhang zwischen Regimentsschwadronen und Landwehr-Bezirkskommandos unmöglich, der in Preußen die Raschheit der Mobilmachung sicher stellt. Wenn diese sinnlose Herberung, die bei den Specialwaffen noch viel mehr Störungen anrichtet, auch bei der Infanterie, die dieser Letzteren die Mobilmachung selbst nur um drei Tage verlängern sollte, so sind das, einem aktiven Gegner gegenüber, die drei wichtigsten Tage des ganzen Feldzugs.

Was bedeuten also alle die gewaltigen französischen Rüstungen? Eine der deutschen an Zahl gleiche, aber schlechter organisierte Linien-Infanterie, die obendrein, um sich auf Kriegsfuß zu setzen, eine Anzahl Leute von nur sechsmonatlicher Dienstzeit einziehen muß; eine erste Reserve, worin nur sechs Monat gediente Leute vorherherrschen, und für die höchstens ein Viertel der Offiziere und Unteroffiziere vorhanden ist; eine zweite Reserve von vorwiegend ungedienten Leuten ohne alle und jede Offiziere, und für beide Reserven selbstredend totaler Mangel an festen Cadres. Dabei die sichere Aussicht, daß die fehlenden Offiziere mit den jetzigen Einrichtungen nie zu beschaffen sein werden, sobald beide Reserven im Kriegsfall keiner höheren Leistungen fähig sein werden als die im Herbst und Winter 1870 in der Eile gebildeten Bataillone.

Und nun sehen wir uns einmal das lammströmme deutsche Reich an, das angeblich keine Zähne hat und noch weniger solche zeigt. Eine Linien-Infanterie von 468 Bataillonen mit, auf Kriegsfuß, 490,480 Mann haben wir bereits nachgewiesen. Dazu kommen aber noch folgende Neubildungen:

Man hat seit Anfang 1872 in jedem Bataillon 36 Rekruten mehr eingestellt, macht rund 17,000 Mann jährlich. Ferner hat man nach zweijähriger Dienstzeit ein volles Viertel der Leute entlassen, dafür aber ebenfalls eine gleiche Anzahl neuer Rekruten eingestellt, macht rund 28,000 Mann. Es werden also jährlich im Ganzen 45,000 Mann mehr eingestellt und ausgebildet, als vorher; macht bis Ende 1875, in drei Jahren, 135,000 Mann, wozu noch 12,000 einjährige Freiwillige (à 4000 per Jahr) kommen; zusammen 147,000 Mann oder gerade genug, um für jedes der 148 Regimentern ein viertes Bataillon zu bilden. Die überzähligen Erfolgskompagnien zu diesem Zweck sind bei allen Linien-Regimentern bereits seit derselben Zeit „organisatorisch vorbereitet“, d. h. die Linien- und Reserve-Offiziere und Unteroffiziere, die in diese Bataillone eintreten sollen, sind bereits festgestellt. Die vierten Bataillone können also längstens zwei bis drei Tage nach den ersten dreien sich auf den Marsch begeben, und die Armee um 148 Bataillone à 1050 Mann = 155,400 Mann, verstärken. Diese Zahlen aber drücken noch bei Weitem nicht den Machtzuwachs aus, den die Heeresarmee damit erhält. Wer 1866 die preussischen vierten Bataillone gesehen hat, der weiß, daß sie, vorwiegend aus kräftigen, körperlich gefestigten Leuten von 24—27 Jahren bestehend, die Kerntuppe der Armee ausmachten.

Neben der Bildung der vierten Bataillone geht die Organisation der Erfolgskompagnien — 148 an der Zahl, von den Erfolgskompagnien der Jäger gar nicht zu sprechen — ihren Gang voran.

Sie setzen sich zusammen aus den überzähligen gedienten Reservisten und den ungedienten Leuten der Ersatz-Reserve. Ihre Stärke wurde 1871 auf 188,690 Mann offiziell angegeben. Dies ist aber so zu verstehen, daß die bereits in Friedenszeiten festgestellten Cadres an Offizieren und Unteroffizieren im Stande sind, eine solche Anzahl von Leuten einzuerciciren, denn die Ersatz-Reserve allein, in deren erste Klasse jetzt jährlich circa 45,000 Mann eingestellt werden, liefert auf sieben Jahrgänge weit mehr als obige Anzahl. Die Erfolgskompagnien sind nämlich die Behälter, aus denen die im Felde stehenden, durch Kämpfe und mehr noch durch Strapazen geschwächten Bataillone die nöthigen Verstärkungen an mehr oder weniger ausgebildeten Leuten erhalten, und die sich dann selbst immer wieder aus der Ersatz-Reserve ergänzen.

Gleichzeitig mit Linie und Ersatztruppen wird die Landwehr mobil gemacht. Die ebenfalls im Frieden schon festgestellten Cadres der Landwehr umfassen 287 Bataillone (die auf 301 gebracht werden sollen). In den beiden letzten Kriegen wurden die Landwehrbataillone nur auf 800 Mann gebracht; nehmen wir nur diese geringe Soldstärke an, so stellt das deutsche Reich an Landwehr-Infanterie 229,600 Mann organisirter Truppen, wobei aber noch eine jährlich wachsende Zahl Ueberzähliger zur späteren Verfügung bleibt.

Damit nicht genug, ist denn auch noch der Landsturm wieder ins Leben gerufen worden. Nach officiösen Nachrichten war Ende 1874 die Kriegsstärke der deutschen Infanterie bereits vermehrt worden um 234 Bataillone Landsturm (à 800 Mann = 187,200 Mann), die Jägerkompagnien ungerchnet; was doch nur heißen kann, daß die Cadres für diese Bataillone wenigstens nothdürftig festgestellt sind. Damit ist aber der Landsturm noch lange nicht erschöpft, denn nach der triumphirenden Ausrüstung Boigt-Kriegs im Reichstage umfaßt er „fünf Prozent der Bevölkerung, zwei Millionen Mann“.

Wie stellt sich nun die Rechnung?
Frankreich hat an Linien-Infanterie, einschließlich der in Algerien dienenden Truppen, 530,800 Mann, und das ist seine gesamte organisierte Infanterie. Rechnen wir aber auch noch die ganze erste Reserve hinzu, soweit sie irgend welche Scheinorganisation besitzt — 254,600 Mann (288 Depotkompagnien à 800 Mann, 30 Jägerdepots à 540 Mann, und 8000 überzählige Sträflinge), so gibt das im Ganzen nur 785,400 Mann zu Fuß.

Das deutsche Reich tritt auf ein Tage nach dem Mobilmachungs-Befehl mit einer Linien-Infanterie von 490,480 Mann
Zwei bis drei Tage später, mit 148 weiteren Bataillonen 155,400 „
Nach weiteren vierzehn Tagen mit 287 Landwehrbataillonen à 800 Mann 229,600 „
Und nach noch vierzehn Tagen mit 234 Landsturm-Bataillonen à 800 Mann 187,200 „

Zusammen mit einer Infanterie von 1,062,680 Mann, die bereits in Friedenszeiten fit und fertig organisiert und im Voraus mit allem Nöthigen versehen ist, und die 148 Ersatzbataillone, von der Stärke (s. oben) von 188,690 Mann zur Ergänzung der durch den Feldzug verursachten Lücken hinter sich hat im Ganzen eine organisierte Infanterie-Masse von 1,251,370 Mann.

Glaubt man etwa wir übertreiben? Keineswegs. Wir bleiben noch hinter der Wahrheit zurück, indem wir verschiedene kleine Faktoren vernachlässigten, die aber bei der Zusammenzählung eine ganz respectable Summe ergeben. Hier der Beweis.

Die „Königliche Ztg.“ vom 27. Decbr. 1874 enthält eine aus dem Kriegsministerium stammende „Militärische Mittheilung“, aus der wir folgendes entnehmen: Ende 1873 betrug der Kriegsfuß der deutschen Armee 1,861,400 M., wovon Infanterie 994,900 Mann
Dazu kamen 1874 die vierten Bataillone 155,400 „
und 234 Bataillone Landsturm 187,200 „

Total Infanterie 1,337,500 Mann
also noch fast 100,000 Mann mehr als unser Aufschlag. Derselbe Artikel berechnet den gesamten Kriegsfuß aller Waffen auf 1,723,148 Mann, worunter 39,948 Offiziere; und die Franzosen haben dagegen höchstens 950,000 Mann im Voraus organisirter Truppen, worunter 785,000 Mann Infanterie!

Was die Qualität der Truppen angeht, so ist — gleiche durchschnittliche kriegerische Anlagen bei beiden Nationen angenommen — die der französischen Armee seit dem Krieg sicher nicht gehoben worden. Die Regierung hat Alles gethan, um die Truppen zu demoralisiren, namentlich durch deren Verlegung in Barackenlager, wo der Soldat im Winter weder exerciren noch sonst etwas treiben konnte und sozusagen ausschließlich auf Wirthtrinken angewiesen war. Es fehlt an Unteroffizieren, die Kompagnien sind schwach, die Kavallerieregimenter haben lange nicht Pferde genug. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hob dies selbst noch am 14. Januar hervor; damals predigte sie noch Frieden!

Aber die neue Armeegesetzgebung stellt dem französischen Kriegsminister zur Verfügung: an Linie 704,714 Mann, Reserve 510,294 Mann, Territorial-Armee 582,523 und Reserve derselben 626,533 Mann, zusammen 2,423,164 Mann, die im Rothfall auf 2,600,000 Mann gebracht werden können! Allerdings, obwohl General Leval nach genauer Untersuchung der betreffenden Dokumente erklärt, diese diese sind noch genug, um dem besten Kriegsminister den Kopf toll zu machen. Was in aller Welt soll er mit dieser Waffe zu fast zwei Dritteln ungelübter Menschen anfangen? Wo die Offiziere und Unteroffiziere herkommen, ohne die er sie nicht einüben, geschweige organisiren kann?

In Deutschland sieht es ganz anders aus. Die Stärke des

Kriegsbesatzung wird schon in den Motiven des Reichsmilitärgesetzes angenommen gleich 1,500,000 Mann. Dazu kommen aber in Folge dieses Gesetzes selbst die fünf Jahrgänge der Ersatzreserve, deren Dienstpflicht vom 27. bis zum vollendeten 31. Jahre ausgedehnt wurde — 45,000 Mann jedes Jahr — also circa 200,000 Mann. Mindestens 200,000 Mann Ueberzählige über den Kriegszug hinaus waren schon vorher auf den Kriegszug geführt. Und dazu kommt der Landsturm mit vollen zwei Millionen Mann; so daß der deutsche Kriegsmilitär 3,900,000, wo nicht vier Millionen Mann zu seiner Disposition hat, wobei die Armee, wie der angeführte Diffidat sagt, „auch bei einem Aufgebote bis 1,800,000 Mann und darüber, mit Ausnahme der in die Ersatz-Armee eingestellten Rekruten, durchgehends aus gedienten und vollkommen militärisch vorgeübten Soldaten bestehen wird, was in Frankreich bis zur Territorial-Reserve aufwärts erst binnen zwanzig Jahren bewirkt werden möchte.“

Man sieht, nicht Frankreich, sondern das deutsche Reich preussischer Nation ist der wahre Repräsentant des Militarismus. Vier Millionen Soldaten, zehn Prozent der Bevölkerung! Nur zu uns kann es ganz recht sein, daß das System bis auf die äußerste Spitze getrieben wird. Nicht von Außen durch einen andern stolzen Militarstaat, nur von Innen, durch seine eignen notwendigen Konsequenzen, kann dies System endgültig gebrochen werden. Und je mehr es übertrieben wird, desto eher muß es zusammenbrechen. Vier Millionen Soldaten! Auch die Sozial-Demokratie wird es Bismarck Dank wissen, wenn er die Zahl auf fünf oder sechs Millionen erhöht, und dann baldmöglichst auch noch die Mädchen einstellt. F. E.

Politische Uebersicht.

— Die Selbstmorde in der Armee. Es geht jetzt folgende Notiz durch die Zeitungen: „Die Zahl der Selbstmorde in der deutschen Armee erhält sich, wie wir leider allmonatlich nachzuweisen gezwungen sind, auf einer erschreckenden Höhe. Nach dem amtlichen Generalberichte des preussischen Heeres, des XII. (sächsischen) und des XIII. (württembergischen) Armeecorps stellte sich die Zahl der Todesfälle in den genannten Heereskörpern im Monat Februar auf 160 Mann und 9 Invaliden, was bei einem Effectivbestande von 359,470 Mann einen Todesfall auf etwa 2247 Mann ergibt. Von jenen 160 Mann haben sich 17, also mehr als 10 Prozent, selbst den Tod gegeben.“

Der „Vossischen Zeitung“ schreibt man über dieses Thema: „Eine erschreckende Wahrnehmung, die ungewöhnlich große und, wie es scheint, immens wachsende Zahl von Selbstmorden in der Armee, hat neuerdings die öffentliche Aufmerksamkeit und ein allgemeines Gefühl der Bestürzung erregt. Auch an maßgebender Stelle hat diese auffallende Erscheinung Befremden erregt, und es wird, wie wir hören, den Ursachen einer so unverhältnismäßigen Vermehrung der Selbstmorde in der Armee weiter nachgeforscht werden. In hiesigen höheren militärischen Kreisen wird bereits die Frage ventilirt, ob es nicht opportun sei, die in der Verordnung über die Disziplinarbestrafung im Heere enthaltene Vorschrift, wonach die Militärbefehlshaber bei Anwendung von Disziplinarmaßnahmen, durch welche ihre Untergebenen in der Selbstbestimmung beschränkt werden, nicht weiter gehen dürfen, als dies zur Sicherung der Erhaltung der Disziplin erforderlich ist, bestimmter zu fassen. Als Disziplinarmaßregel galt bisher z. B. die Auflegung besonderer Dienstleistungen, was den Disziplinarstrafenden Offizieren leicht zum Mißbrauch Gelegenheit geben kann. Unserer Ansicht nach ist es notwendig, daß über die traurige Angelegenheit so viel Licht als nur überhaupt möglich verbreitet werde.“

Leider ist „viel Licht“ überhaupt nicht möglich, und würde auch nichts nützen. Das Uebel liegt in dem Wesen des Militarismus — wenn auch die strengsten Vorschriften gegen Druck und Mißhandlung erlassen würden, so wäre damit nichts gewonnen, denn nach dem Grundprinzip des Militarismus ist der Soldat kein Mensch, sondern ein willenloses Werkzeug, höchstens ein dressirtes Thier, und wird folglich demgemäß behandelt — nicht als Mensch, sondern als willenloses Werkzeug, als dressirtes Thier. So lange der Militarismus herrscht, wird es so sein; und menschliche Behandlung wird der Vaterlandvertheidiger erst finden, nachdem der Militarismus gefallen und an Stelle unserer stehenden Heere ein demokratisches Volkstheer getreten ist.

— Mitunter ist der Kulturkampf auch amüsant. Sehr amüsant war es z. B., am 14. d. im preussischen Herrenhaus den Blut- und Eisensüß predigen zu hören. Er sprach mit der Salbung eines Knaad von „unserem Evangelium der Reformation“, behauptete „daß uns unser Evangelium, unsere durch den Papst gefährdete Seligkeit — ich (Bismarck) spreche es als evangelischer Christ aus — höher steht, als eine augenblickliche Opposition gegen die Regierung. Daß dies nicht geschah — ich will die betreffenden Herren (Kreuzzeitungsleute) nicht nennen, aber ich klage sie an, sie haben der Politik das Evangelium untergeordnet. Das Bekenntnis zum Evangelium hat uns gefehlt“ u. s. w. Kurz der reine Knaad. Jetzt haben wir nun „das Bekenntnis zum Evangelium“ aus Fürst Bismarck's Munde, und der protestantische Gott wird nun hoffentlich den katholischen Gott zur Rechten bringen.

Apropos, Fürst Bismarck war schon einmal fromm. Von einigen pommerischen Freunden in Betreff seiner religiösen und sittlichen Führung*) interpellirt, antwortete er in einem Schreibbrief, der von den Empfängern veröffentlicht ward: „Wüßten Sie, wie oft ich in meinem Kämmerlein auf den Knien gelegen, und zu unserem Gott gebetet habe, wüßten Sie, wie mir mein Arzt wegen meiner Ermattung den Kirchenbesuch untersagt hat, sie würden mir den Vorwurf (die Kirche zu schwächen) nicht gemacht haben! Glauben Sie mir, es ist schwer, dem mächtigen Juge zum Gottehaus zu widerstehen!“

Dies war in der ersten Hälfte des Jahres 1866. Was der fromme Mann zu jener Zeit that, wenn er nicht in seinem Kämmerlein „auf den Knien“ lag, das erzählt uns Lamarmora.

— Zum National-Buchhaus und zur nationalen Peitsche gehört naturgemäß die nationale Polizei, welche das National-Buchhaus füllt und die nationale Peitsche um die nationalen Langohren saufen läßt. Sehr glaubhaft klingt und daher je jetzt durch die Presse gehende Notiz, das Reichsanzleramt sei mit den ihm untergebenen Einzelstaaten in Verhandlungen getreten, um die Uebernahme der Gensdarmarie auf den Reichs-Etat anzubahnen, und die deutsche Gensdarmarie in eine Reichs-Gensdarmarie umzuwandeln. Nur immer so fort mit der Einheit. Durch Einheit — zum Buchhaus!

— Ueber den Kampf der Wiener Buchdrucker ist Folgendes zu berichten:

In der vergangenen Woche hatten die Gehilfen sich erboten, 5 pCt. des bisherigen Lohnsatzes fallen zu lassen, und so den Prinzipalen ihre „Friedensliebe“ deutlich genug zu erkennen gegeben. Aus dem „Handel“ ist jedoch bis jetzt nichts geworden, da die Prinzipale das Anerbieten ablehnten und dafür ihrerseits 10 pCt. mehr boten, wonach die Differenz noch 5 pCt. beträgt. Wie die Wiener Gehilfenschaft bei der unter den sämtlichen Buchdruckern herrschenden Theilnahme dazu kam, freiwillig, noch ehe der Kampf ernstlich begonnen, sich zu einer Lohnreduction von 5 pCt. zu verstehen, resp. sich auf's „Handeln“ zu legen, ist uns unverständlich, jedenfalls aber kein Zeichen der Stärke und nicht geeignet, Freund und Feind Achtung einzulößen. Die letzte Freitagversammlung des „Bereins Leipziger Buchdrucker-Gehilfen“ verlangte denn auch in rechter Würdigung der Sachlage von den Wienern strenges Festhalten an den alten Lohnsätzen, und gab diesem Verlangen durch ein an die Wiener Gehilfenschaft gerichtetes Telegramm Ausdruck. — In Wien scheint man den in einer Auanwendung von Schwäche gemachten „Fehler“ nachträglich wieder gut machen zu wollen: eine am Sonntage stattgefundene Versammlung der Gehilfen beschloß einstimmig, den Ablauf der Frist, in welcher sie sich mit 30 pCt. begnügen wollen, auf den 24. April festzusetzen, dann aber bei den bisherigen Lohnsätzen (35 pCt.) stehen zu bleiben. Hoffentlich ist es nicht zu spät! — (Die mehrfach erwähnten Projekte betreffen den Localzuschlag zu dem sog. Normaltarif. Für Wien beträgt der Localzuschlag jetzt 35 pCt., davon wollten die Prinzipale 20 pCt. kürzen.)

— In Frankfurt wurde Bloss wegen angeblichen Verstoßes gegen § 130, begangen in Nr. 5 des „Frankfurter Volksfreund“, zu einmonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt; der Frankfurter Lessendorff hatte sechs Monate beantragt.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Sotha. Der frühere Bevollmächtigte F. Schmidt in Cassel, gebürtig aus Warburg, ist wegen Unterschlagung aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. — Desgleichen wegen Betrugens J. G. Elle aus Kaufhausen; wegen Schwindelens der frühere Bevollmächtigte Firmus in Freiburg i. B.

Der jetzige Bevollmächtigte J. F. Haug in Freiburg, Herrenstraße 21, bittet die Vörracher Parteigenossen um Einsendung einer Adresse.

Mit Brudergruß!

Die Verwaltung.

Darmstadt. Kollegen! Nachdem ich in verschiedenen Mitglieder-versemmlungen den Nutzen des Arbeitsnachweises erläuterte, wurde in einer Versammlung der Beschluss gefasst, auf den 1. März eine allgemeine Schuhmacherverammlung mit der Tagesordnung: „Die Errichtung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises-Bureaus“ einzuberufen. Die Meister wurden schriftlich eingeladen. Kurz vor Eröffnung der Versammlung kamen zwei Vorstandsmitglieder des Meistervereins und erklärten, daß sie nicht kommen könnten, indem sie selbst Versammlung mit einer wichtigen Tagesordnung, nämlich der Umbauung des Leichenwagens, hätten. Wir hielten trotzdem unsere Versammlung ab und beschloßen, den unentgeltlichen Arbeitsnachweis in unsere Hände zu nehmen und Kollege Reichbaum zu übertragen. Doch sollte uns der Meisterverein überraschen. In dessen nächster Versammlung lautete Punkt 3 der Tagesordnung: „Die Uebergriffe der Schuhmachergewerkschaft bezüglich des Arbeitsnachweises“. Ich erlaubte mich des andern Tages bei dem Vorstände, welchen Beschluss man gefasst habe; derselbe sagte mir, die Meister würden den Arbeitsnachweis nicht aus den Händen geben. Ich beantragte nun gleich eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung, auch diese wurde abgelehnt. Angesichts der bevorstehenden Generalversammlung und der örtlichen Verhältnisse sehen wir uns genöthigt, diese Angelegenheit etwas aufzuschieben, werden aber dann das Borgehen dieser Herren in öffentlichen Versammlungen in das richtige Licht stellen. Zweimal haben hier schon Mitgliedschaften bestanden und zweimal sind sie zu Grunde gegangen, und da denken diese Herren: es geht jetzt wieder so. Sie werden sich aber hütten lassen; die Schuhmachergewerkschaft Darmstadt sind zur Einsicht gekommen und halten fest zusammen, wenn es gilt einzutreten für die gemeinsamen Interessen.

Eins muß ich noch erwähnen, in jener Versammlung der Meister sagte Einer: „Das dürfen wir denen (den Gehilfen) nicht lassen, sonst sind wir verloren.“ In geschlossenen Versammlungen können diese Herren räsonniren, aber in öffentlichen Versammlungen zu erscheinen, haben sie nicht den Muth; wir werden sie aber noch dazu bringen, darauf können sie sich verlassen.

Unser Berichtscollokal befindet sich jetzt im „rothen Löwen“. Zugleich ersuchen wir den Zuzug nach hier fern zu halten, indem auch schon die Löhne nicht verlockend sind. Mit Brudergruß A. Meisel.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Alle Bevollmächtigten, welche Anträge zu der diesjährigen, am 23. Juni stattfindenden Generalversammlung zu stellen haben, fordere ich hiermit auf, mir dieselben spätestens bis zum 8. Mai einzureichen. Groß.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Augsburg. Wir ersuchen alle auswärtigen Fachgenossen, Augsburg zu meiden und Zuzug fernzuhalten. Für die Holzarbeiter-Gewerkschaft: Jos. Seidel.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Hiesigen, 19. April. In den neulichen Zuschriften an die Mitglieder habe ich die Adresse von A. Wendt durch Mißverständniß unrichtig angegeben. Dieselbe ist nicht Kossstraße sondern Weinmeisterstraße Nr. 7 in Berlin. Ferner theile ich mit, daß sich folgende Städte unserer Gewerkschaft angeschlossen haben: Potsdam, Bevollmächtigter C. Wehlmann, Heiligegeist-Strasse Nr. 6 2 Etage; Mainz, Bevollmächtigter ?; Reutlingen, Bevollmächtigter G. Kirchner b. Schneider, Schneider. Die Adresse des Bevollmächtigten in Pforzheim ist Karl Koch bei Bachtler, Schulplatz Nr. 187, in Eberfeld R. Thomaier, Nordstraße Nr. 22. Kollegen, die Zeit des Handbells ist für uns da, und wir müssen dieselbe benutzen, wenn wir entsprechende Fortschritte machen wollen. In jeder Mitgliedschaft muß jetzt das Hauptthema sein: Die Agitation zur Ausbreitung unserer Gewerkschaften. Die Agitation zur Ausbreitung unserer Gewerkschaften gesunden sind, dann an's Werk, denn jeder Augenblick ist für uns theuer. Vertheilt die Arbeit; ein Jeder hat das Zeug in sich zum Agitiren. Will man einem Manne alles ansbürden, dann kann

man nicht erwarten, daß die Arbeit so von Statten geht, wie wenn dieselbe vertheilt wird. Darum auf, ein Jeder sei auf dem Plage! Obgleich das Quartal schon längst abgelaufen ist, fehlen noch sehr viele Abrechnungen, wir erinnern dringendst daran.

Mit Gruß und Handschlag

Der Ausschuss

J. A. B. Meyer.

Bremen, 20. April. (Telegramm.) Allgemeine Arbeitseinstellung der Schneider wegen der Entlassungsscheine Mittwoch. Zuzug fernzuhalten. Bericht folgt. Der Schneiderverein.

An die deutschen Zimmerleute.

Kameraden!

In Rostock haben sämtliche Zimmerer die Forderung auf Abkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden an ihre Arbeitgeber gestellt, und dieselben ersucht, mit ihnen über diese Forderung in Unterhandlung zu treten. Die Meister sind jedoch auf keine Unterhandlung eingegangen, sondern haben trotz erklärt: wer vom 5. April ab nicht wie gewöhnlich von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr arbeiten will, der soll die Arbeit verlassen. Darauf hin haben sämtliche Zimmerer die Arbeit eingestellt.

In Sternberg i. M. haben unsere Kameraden die Arbeit bereits seit Anfang Februar eingestellt, weil der dortige Lohn so erbärmlich war, daß nicht einmal die notwendigsten Bedürfnisse dafür angeschafft werden konnten. Die Forderung geht dahin, den Lohn in der längsten Arbeitszeit von 6 bis 7 von 25 auf 27½ Sgr. zu erhöhen; trotz dieser geringen Forderung sträubten sich die Meister diese 25 Pf. für solch bedeutend lange Arbeitszeit mehr zu geben, und dauert deshalb die Arbeitseinstellung hartnäckig fort.

In Güstrow i. M. haben die dortigen Meister absichtlich einen Arbeitsanschlag provocirt, indem sie, ohne daß die Gehilfen irgend welche Forderung gestellt hätten, denselben die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduciren wollten.

Nachdem die dortigen Kameraden diesen guten Entschluß der Meister freudig aufgenommen und auch einige schon darnach gearbeitet hatten, bekamen sich die Herren Meister schnell und proklamirten wieder die 11stündige Arbeitszeit. Als nun die Gehilfen hiermit nicht einverstanden waren, wurden sie sämtlich am 7. April mitteln in der Woche von der Arbeit ausgeschlossen.

In Wilhemshaven dauert die Arbeitseinstellung hartnäckig fort und ist vorläufig noch kein Abschluß zu erhellen.

In Dirschau wollen die Herren Meister den Lohn plötzlich pro Stunde um 8 Pf. reduciren, und wird in Folge dessen ganz wahrscheinlich am Montag, den 19. April, auch dort die Arbeit eingestellt werden.

Kameraden! In sämtlichen hier angeführten Städten sind die betreffenden Zimmerleute Abonnenten des „Pionier“, und es ist daher die Pflicht eines jeden Abonnenten und Zimmerers, thätig für die Unterstützung dieser unserer Kameraden einzutreten; wenn jeder hierbei seine Schuldigkeit thut, und wöchentlich sein Scherlein opfert, dann kann es nicht schwer fallen, in allen diesen Städten zu Gunsten der gesammten deutschen Zimmerleute diese Zwistigkeiten zu beenden und den Kameraden dadurch eine halbwegs bessere materielle Lage zu verschaffen. Unter allen Umständen ist natürlich von diesen Städten der Zuzug abzuhalten, namentlich von ganz Mecklenburg, auch von Wauern, da in Rostock auch die Maurer die Arbeit eingestellt haben. Wenn die Zimmerleute Deutschlands alle ihre Schuldigkeit thun, so werden wir in diesen 5 Städten trotz der verbündeten Meister dennoch siegen, ebenso gut als wir dies im Jahre 1869 in 31 Städten fertig brachten. Thut daher Eure Schuldigkeit und sendet so schnell als möglich Unterstützungen an die Expedition des „Pionier“, Berlin, Baldeemarstraße 66.

Mit social-demokratischem Gruß

Kapell.

An die Malergehilfen Deutschlands!

Kollegen! Wir stehen hier in Berlin vor einem schweren Kampf, der Euch Alle angeht. Unsere Prinzipale wollen, begünstigt durch die Zeitverhältnisse, unsere 1871 mit Mühe und Noth erworbene Ertragserschaft: die neunstündige Arbeitszeit, und schände entreißen. Seit nahezu 4 Jahren arbeiten wir, wie alle Bauhandwerker, bis 6 Uhr Abends. Soll unser Gewerl das erste sein, welches rückwärts marschirt? Nein, das dürfen wir nimmermehr; denn uns würden bald die andern Branchen nachfolgen. Deshalb wollen wir mit aller Energie und Umsicht unsere neunstündige Arbeitszeit festhalten; wir kämpfen nicht für uns allein, — alle Arbeiter, sie mögen sein, was sie wollen, würden durch unsern Fall einen Rückschlag erleiden. Darum fordern wir Euch auf, mit allen Kräften uns zu unterstützen, namentlich auch den Zuzug fern zu halten. Noch einmal, thut Eure Pflicht, das Recht ist auf unserer Seite.

Unterstützungen sind zu senden an unsern Cassirer Herrn A. Pagels, Engelauer 4a. Alle arbeiterefreundlichen Blätter werden gebeten, Obiges zu verbreiten.

Mit brüderlichem Gruß:

J. A. A. Härtgen,

Vorsitzender des Vereins der Maler.

Mariannenstraße 17.

Correspondenzen.

Leipzig, 15. März. (Zur Reichstagswahl im 12. sächsischen Wahlkreis.) In Folge der Bekanntmachung im „Volkstaat“, sowie derjenigen des hiesigen Stadtraths, sah ich mich veranlaßt, die Wählerlisten, welche vom 14. d. M. an bis zum 22. in der „alten Waage“ zur Durchsicht ausliegen, einzusehen. Da ich keine Handliste zu Gesicht bekommen hatte, so war ich nicht besonders überrascht, meinen Namen nicht in dem Wählerregister vorzufinden, es war mir schon bei der vorhergegangenen Wahl so ergangen, worauf ich reklamirt habe und eingetragen wurde. In jeder Wahl werden aber neue Listen angefertigt, und da diesmal in unsrer Handliste mein Name abermals nicht eingetragen war, konnte er auch nicht in der Wählerliste verzeichnet sein. Der diensthabende Herr Beamte erklärte mir, daß zunächst meinem Hauswirth das Versehen beizumessen sei, denn es fehlten von unsrem Haus die Namen einer ganzen halben Etage. Es mag ja sein, daß es sich die Herren Hauswirthe und Hausmänner nicht besonders schwer machen mögen. Nun hört man die Leute oft fragen: Wie kommt es, daß ich jedesmal zur rechten Zeit meinen Steuerzettel bekomme und damit noch niemals vergessen worden bin? Ich glaube die richtige Antwort zu geben, wenn ich sage: Zur Unterlage der Steuerzahlerlisten werden wahrlich solche Wahl-Handlisten nicht genommen, die von den Hauswirthen z. c. nach Belieben ausgefüllt, oder den Miethsbewohnern gegeben oder vorenthalten werden können, denn die Steuer-einschätzungslisten kommen nicht bloß in die ersten und zweiten

*) Die famose Photographie, auf welcher der geniale Staatsmann neben der leichtfertigen Lucca figurirt, gab den Anlaß.

Stagen, sondern auch rechtzeitig hinaus in die Kellerwohnungen und 5 Treppen bis unter das Dach hinauf. Auch beim Steuereintreiben mit Tornister und Zündnadel wird jedes Winkelchen aufgefunden. Man muß es eben bei dem Steuereintreiben etwas genauer nehmen als bei den Wählern, denn unser „Klein-Paris“ braucht Geld, sehr viel Geld! Es ist patriotisch, lausfähig und nobel! Die Stadt hat ihre Prachtbauten (Theater, Museen etc.) aufzuführen und zu erhalten, ihre hochverdienten Pensionäre zu bedenken, (Herr Biehbürgermeister Stephan z. B. kostet allein 6000 Mark jährlich, da er mit vollem Gehalt pensioniert ist), Kaisers Geburtstag und Sedan zu feiern, und auch die Herren Beamten wollen rechtzeitig und entsprechend abgelohnt sein. Von den großartigen Zukunftsbauten (Siegessäule, Rathhaus etc.) gar nicht zu reden. Schon deshalb muß man es beim Steuereintreiben, auch der Gleichheit wegen, genauer und strenger aufpassen, als es bei den Wählern nötig erscheint, wo man es den Leuten nicht so bequem gemacht hat. Wer also sicher zu seinem Wahlrecht gelangen will, Ihr Arbeiter und Kleinbürger, der hat hinzugehen und nachzusehen, ob sein Name in der Wählerliste steht, damit nicht wieder so Viele ihr Wahlrecht verlieren wie am 10. Januar 1874.

An Eure Pflichten werdet Ihr schon erinnert, um Euer Recht habt Ihr Euch selbst zu kümmern, also versäumt nicht, die Wählerlisten bis zum 22. d. M. in der „alten Wage“ einzusehen. Später kann nicht mehr reklamirt werden und dann hilft auch kein Raisonniren! Wer ein Recht hat und gebraucht es nicht, der verdient es zu verlieren! Ein Bescheid auf meine Reklamation ist mir zugesagt und ich werde ihn zur öffentlichen Kenntniss in diesem Blatte bringen.

R. Ludwig, Bayrischestr. 90, 4 Tr.

Thonberg u. Umgegend bei Leipzig. Arbeiterverein. Es erscheint angemessen, einige Worte der Aufmunterung an die Mitglieder obigen Vereins zu richten, welcher vor 1 Jahre, kurz nach seiner Constituirung, eine so bedeutende Probe seiner Energie bei den Reichstagswahlen abgelegt hat. Da die Leipziger Freunde Vieles dazu beigetragen haben, unsren Verein auf eigene Füße zu stellen, so wurden wir, als die Agitation an anderen Orten nötig wurde, von dem Ausfall der bisherigen Hilfe um so schwerer betroffen. Mit dem Ausbleiben der fast regelmäßigen Vorträge verloren sich auch Mitglieder, und so sang der Verein an, langsam an Zahl abzunehmen und die kleine Schaar der Getreuen hatte ziemlich schweren Stand, denselben bis heute zu erhalten. Dazu kommt noch, daß wir in diesem Jahre eine Gemeinderathswahl hatten, bei der wir uns betheiligten und trotz unserer schwachen Kräfte zwei unserer Mitglieder in den Gemeinderath brachten. Seitdem sich aber die Mitglieder nur spärlich an den Versammlungen betheiligt haben, stehen unsre Vertreter ohne Rückenhalt und Macht den übrigen Classenvertretern gegenüber und scheint es, als hätten unsre Gemeindeglieder kaum ein Interesse daran, ein Referat unsrer Vertreter zu hören, zu dessen Erstattung dieselben doch jederzeit bereit wären. Wir richten also zunächst an Alle, die uns so lange fern standen, die Mahnung, unsre Versammlungen fleißiger zu besuchen, da wir überzeugt sind, daß sie nicht bloß wegen Vereinspleiereien dem Vereine beigetragen sind. Warten wir nicht, bis das Rad der Reaktion auch uns zerdrückt, sondern erinnern wir uns an die große Aufgabe, innerhalb unsrer Vereins für die Rechte der Arbeiter, für die Prinzipien der Sozialdemokratie einzutreten. Mit dem regelmäßigen Besuch unsrer Versammlungen werden die Mitglieder neues Interesse gewinnen und verstehen lernen, wie notwendig und berechtigt unsre Bestrebungen um Aller willen sind.

W. Fischer, im Auftrage mehrerer Mitglieder.

Magdeburg. Ein angeschossenes Reptil. (Schluß.) — Nach Beilegung der Namen und Titel der Herren, welche die Commission bildeten, berichtet Wotteler über eine „vertrauliche Besprechung“, welche einige Tage nach Schluß der Commissionserörterungen stattfand und an welcher die Mehrzahl der Commissions-Mitglieder theilnahm. Er theilte mit, wie er auch zu dieser „vertraulichen Besprechung“ erschienen sei und von dem Herrn Dr. Oppenheim (nationalliberal) beschieden wurde, daß er nicht beizuhören könne, weil die Besprechung eine „vertrauliche“ sei. Beweis genug, wie richtig seine Haltung in der Commission und wie unbedeutend seine regelmäßige Anwesenheit in den Sitzungen war. Als Resultat der „vertraulichen Besprechung“ sei der Antrag zu bezeichnen, der die Wiederaufnahme des gescheiterten Contractbruchparagrafen verlangte und den, nebst vielen Herren „von“ und „Doctoren“, auch Herr v. Wolke und der Prinz Wilhelm von Baden unterzeichnet haben, die bei jener Besprechung zugegen waren.

Referent gab dem Artikelschreiber wiederholt anheim, das Prädikat der Feigheit und Lässigkeit, ebenso das der Ungehörigkeit künftighin vorsichtiger zu vertheilen, und entschuldigte den „Trennen“ damit, daß er möglicherweise seinem Artikel einen jener Wählzettel zu Grunde gelegt habe, die durch die reptilifirten Zubringer der „Magdeburgischen“, die Herren Dr. Johannngen und Dr. Börr, vermittelt werden. (Siehe im „Volksstaat“, Nr. 91, 1874, Ausführliches.)

Zum Kapitel der Verlogenheit aber dürfte der „Magdeburgischen“ sehr wohl bekannt sein, daß in Nr. 92 des „Volksstaat“ von 1874 ein Erkenntnis des Leipziger Bezirksgerichts steht, durch welches altenmäßig konstatiert sei, daß der Leipziger Correspondent und Mitarbeiter der „Magdeburgischen“, der Expositivsecretair Herr Leonhardt, bestraft wurde wegen Verleumdung der damals auf Hochverrathsanlage prozessirten und inhaftirten Herren Liebknecht und Bebel durch die Presse. Die betreffende Nummer des „Volksstaat“ behändigte er dem Vorsitzenden zur Verfügung des Herrn Redakteurs der „Magdeburger Zeitung“, dasern den-

*) Das ist eine Kleinigkeit. Etwas Besseres! In Nr. 92 des „Volksstaat“ vom Jahr 1870 hiess es in einer Leipziger Correspondenz: „Der genannte Leonhardt ist früher Postsekretär gewesen und, wie es heißt, wegen eines vorgeschandenen Kasernenbesitzes abgesetzt worden. Ebenso war dieser Leonhardt Mitglied des Allgemeinen Turnvereins dahier und gehörte zur Vorstandschaft desselben, aber auch diese hat ihn verschiedener Vorkommnisse wegen ausgeschlossen.“ — Auf Grund dieses Passus erhob Leonhardt gegen den damaligen verantwortl. Redakteur des „Volksstaat“ Verleumdungssage; in erster Instanz wurde Liebknecht in eine Geldbuße von 8 Thlr. verurtheilt; in letzter Instanz aber, nach öffentlicher Gerichtsverhandlung am 26. Mai 1871, klagefrei gesprochen, da der Beweis der Wahrheit als erbracht zu betrachten sei. Einige Anträge waren allerdings nicht ganz bräutig, aber das Dresdener Oberappellationsgericht — das oberste des Landes — erklärte in seinem Bescheide, daß, wenn der Artikel die Vorgänge (welche die Entlassung des pp. Leonhardt veranlaßten) genau so dargestellt hätte, wie sie sich wirklich zugetragen haben, dessen Ehre nicht erheblich stärker angegriffen worden wäre.“ Wir gratuliren der „Magdeburgerin“ zu ihrem Correspondenten, dem „Leipziger Tagesblatt“ zu seinem Mitredakteur, und dem Fürst Bismarck zu seinem würdigen Anbeter. Red. d. B.

selben das Lesen von „mehr als einem Duzend Arbeiterblätter täglich“ gehindert hätte, Kenntniss von diesem interessanten Altentstüd zu nehmen.

Er glaube nun den Genügenden bewiesen zu haben, daß der „Schlaraffenlandartikel“ nebst mehrfachen thatsächlichen Unwahrheiten, Entstellungen und Unterschiebungen, den Stempel eines fanatischen Hasses an der Stirne trage, und es bleibe dem Herrn Verfasser nun ganz überlassen, zu widerlegen, sich zu vertheidigen, oder in sich zu gehen. Auf Einwendung einer Verichtigung auf Grund des Preßgesetzes verzichte Referent bis auf Weiteres.

Indem nun schließlich Redner noch Ursachen und Entwidlung des „ehernen Lohngesetzes“ bespricht, kennzeichnet er den Erguß des „Schlaraffenlandartikels“ als den Ausfluß thatsächlicher Unwissenheit oder Böswilligkeit. Denn, wenn der Herr Verfasser höhniisch andränge: „Beseitigung des ehernen Lohngesetzes! Warum nicht lieber bald auch Beseitigung der Winterkälte“ oder „der sengenden Hitze des Sommers“? Ach! im Märchen arbeitet man sich durch den Hirsberg hindurch, um in das gelobte Schlaraffenland zu kommen, über welchem die öde Genußfreiheit von versteineter Sonnenglanz liegt; das erste Leben aber weiß von solchen Mitteln und Wegen, um zur Glückseligkeit zu gelangen, nichts; hier wird immer das alte Wort der Bibel gelten, daß man im Schweiße seines Angesichts sein Brod essen muß. Die Hirngespinnnisse der Sozialdemokratie mögen die Gesellschaft in Schüttelröste treiben, mögen ihr viel Unheil zufügen, verwirklichen aber werden sie sich nie, — so verwechsle er wahrscheinlich die Naturgesetze mit Wirtschaftsgesetzen, welche von Menschen erfunden worden seien. Das ehernen Lohngesetz sei das Erzeugnis der heutigen Produktion, die doch nicht so ganz natürlichen Ursprunges sei, wie Winterkälte oder Sommerhitze und der Herr Verfasser sei es diesmal, der durch den Hirsberg seiner Selbstüberhebung hindurch in sein Schlaraffenland getrieben sei, in welchem ihm der Schüttelrost der heutigen Zurückweisung recht wohl bekommen möge.

Der säkularste Beifall, welcher dem abermals 1 1/2 stündigen Vortrage folgte, bezeugte, mit welcher Genugthuung die Versammlung der hochtrabenden „Magdeburgischen“ diese Lektion ertheilen hörte. Bis zum Ende herrschte die gespannteste Aufmerksamkeit, und es hat diese Versammlung sehr zur Klärung über unser Vorgehen, speziell das Verhalten unserer Abgeordneten im Reichstage, das nebst Vielem, in diesem Berichte Seltzarten, aus's Gründlichste beleuchtet wurde, beigetragen. — Wie trotzdem der Berichterstatter der „Magdeburgischen“ den „Ruth“ hat, zu behaupten, Wotteler habe Nichts berichtet, sondern es habe sich nur um politische Meinungsverschiedenheiten gehandelt, kann nur Jemand begreifen, der diesem Volksgericht nicht beigewohnt hat, das mit einem dreimaligen Hoch auf unsere Abgeordneten und auf die Sozialdemokratie schloß.

Die „Magdeburger Zeitung“ deckt ihren Rückzug schon am 24. März in ihrer Beilage zu Nr. 139 mit folgendem Bericht:

„Auch Herr Reichstagsabgeordneter J. Wotteler aus Leipzig hat heute den Redakteur dieser Zeitung schriftlich aufgefordert, in der sozialdemokratischen Versammlung, welche in der Centralhalle stattfinden soll, zu erscheinen. Der Letztere hielt sich indessen nicht für verpflichtet, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Sind in dem schon gestern erwähnten Artikel falsche Behauptungen gemacht worden, so würde der Redakteur, wenn er sich von seinem Irrthum überzeugen kann, — (aha!) — dieselben gern, so wie es sich geziemt, in dieser Zeitung wieder zurücknehmen. Vielleicht hat Herr Wotteler die Güte, ihm zu diesem Zweck eine thatsächliche Verichtigung zugehen zu lassen, welche aufmerksam darauf geprüft werden würde, ob sie eine solche sei. Warum diese Verichtigung bloß in einer Volksversammlung solle erfolgen können, vermag der Redakteur nicht einzusehen. Handelt es sich aber nicht um die Richtigstellung von Thatsachen, sondern um Austausch der Ansichten über die soziale Frage, so wird es wohl am besten sein, wenn Herr Wotteler die seinigen je nach seinem Berufe, als Reichstagsabgeordneter, Agitator und Schriftsteller, im Reichstage, in Volksversammlungen und in seinen Parteiorganen vertritt, und wenn der Redakteur dieser Zeitung, der nicht Reichstagsabgeordneter (wie schade! Am. d. „Volksstaat“-Segers.) und nicht Volksredner ist, seinen abweichenden Standpunkt bloß in diesen Blättern zur Geltung bringt.“

Das spricht für sich selbst, und darum, Arbeiter Magdeburgs, die Ihr uns heute zwar noch fernseht, aber doch Gelegenheit hattet, zu hören und zu urtheilen, was Wahrheit und was Lüge ist, besucht auch ferner unsere Versammlungen und lest die Zeitungen, dann werdet Ihr wissen, in welche Reihen Ihr gehört und wo das Rechte liegt! Wilhelm Kees.

Luckenwalde, 9. April. Ich halte es für meine Pflicht, den Lesern des „Volksstaat“ über die hiesige Arbeiterbewegung kurzen Bericht zu erstatten. Wie bekannt, wurde vergangenes Sommer die hiesige Mitgliedschaft der Partei geschlossen. Mehrmal wurde der Versuch, Volksversammlungen abzuhalten, durch die wohlwollende Polizei vereitelt, denn entweder wurde die Versammlung aufgelöst oder die Bescheinigung nicht erteilt. Am 14. Januar war es jedoch dem Unterzeichneten gelungen, eine Versammlung einzuberufen, in welcher Parteigenosse Baumann aus Nürnberg referiren sollte, der aber behindert war. Wir benutzten die Versammlung zur Gründung eines Arbeitervereins, für welchen sich auch 30 Mitglieder einzeichneten. Am 22. Januar berief ich abermals eine Volksversammlung ein, zu welcher statt Liebknechts, den das Landsturmgesetz in Berlin festhält, O. Keimer erschien. In überfüllter Saale, aber in klarer Allen verständlichen Weise behandelte Redner das Thema: „Die Ziele des Sozialismus und die Thätigkeit des Reichstags“. Referent forderte auch zum Beitritt in den Arbeiterverein auf, worauf sich 20 neue Mitglieder aufnehmen ließen. Seitdem ist aber ein Stillstand eingetreten, was wohl seinen Grund in der Laune der hiesigen Arbeiter hat. Ich berief deshalb am 20. März abermals eine Volksversammlung ein, in welcher Parteigenosse Bernstein aus Berlin über das Thema: „Wer verschuldet die gegenwärtige Gesellschaftskrisis, und auf wessen Kosten wird sie beseitigt?“ zur Zufriedenheit Aller referirte. — Auch will ich in Kürze noch der Gemagregelten erwähnen. Parteigenosse Erhardt, Drehtler und Lorenz, angeklagt, Leiter eines politischen Vereins, welcher mit anderen Vereinen in Verbindung stehe, gewesen zu sein, wurden in erster Instanz zu 10 Thlr., ev. 8 Tagen Haft verurtheilt, wogegen sie appellirten. Vom Kammergericht wurde aber das erstinstanzliche Urtheil bestätigt, was nun mit den Kosten 72 Mark austrägt. Auch wurde auf Schließung der Partei erkannt. Ferner sind 21 Mann angeklagt, bei einer auf gelösten Volksversammlung das Lokal nicht gleich verlassen zu haben. Von diesen wurden drei freigesprochen und adtehen zu 5 Thlr., ev. 3 Tagen Haft verurtheilt, was mit den Kosten ca. 24 Mark ausmacht. Fünftehn Mann, angeklagt, sich an einem vorläufig geschlossenen Betreue betheiligte zu haben, sind freigesprochen.

F. Haase, Vorsitzender des Arbeitervereins.

Berlin, Montag den 12. März hielten die Weißgerbergesellen eine ziemlich zahlreich besuchte Versammlung auf dem Gendarmenbrunn ab, in der Heiland über die Nothwendigkeit einer Organisation gegenüber der heutigen Produktionsweise referirte. An der sich daran schließenden interessanten Debatte betheiligten sich die Genossen Reitel, Weiß und Können; sodann kritisirte Herr Jüngling scharf das Vorgehen der Meister gegen die dem Verein angehörenden Gesellen und tabelte insbesondere jene Feiglinge, die dem Verein untreu geworden seien, um weiter zu arbeiten, und es durch Nachfeierabend-Arbeit den Meistern möglich machten, die dem Verein treu gebliebenen Gesellen fernerhin auszusperrten; ein solcher Varsche hätte sogar Reiselgeß genommen und hätte am anderen Tage dann bei einem Meister angefangen. Herr Engel kennzeichnete dann den Endzweck des Vorgehens der Meister, indem er darauf aufmerksam machte, daß das Aussperrn der Vereinsmitglieder nur ein Vorpiel zu der beabsichtigten Lohnreduktion sei, und schließlich forderte der Weißgerbermeister Schatz sämtliche Anwesende auf, dem Verein unter allen Umständen treu zu bleiben, denn das Vorgehen der Meister sei ein brutaler Eingriff in die Bürger- und Menschenrechte eines jeden Einzelnen. Reitel versprach sodann, daß am nächsten Montag den 19. April die Aussperrung der Weißgerbergesellen auf die Tagesordnung der Volksversammlung in Huth's Lokal gesetzt werden würde.

Halle a. S., den 11. April. (Aa die Parteigenossen.) Seit langem hat die Commission zur Verbreitung des „Neuen Social-Demokrat“ und „Volksstaat“ ihre Thätigkeit an hiesigen Orte begonnen. Bereits haben wir das erfreulichste Resultat aufzuweisen. Aber weitere, größere Fortschritte müssen gemacht werden, denn noch hat das Abonnement dieser Blätter bei uns nicht die Höhe erreicht, die nothwendig ist, damit wir uns den Parteigenossen anderer Orte zur Seite stellen können, was aber bei dem großen und gedrückten Fabrikproletariat Halle's leicht erreicht werden kann. Darum auf Freunde! konzentriren wir unsere Anstrengungen auf den einen Punkt: Verbreitung unserer Parteiblätter! Sie sind ein mächtiger Keil, dem Ueberstand und der Ueberzeugunglosigkeit in die Seite getrieben. Thue Jeder seine volle Schuldigkeit, dann wird auch in Halle unsere große Sache die Massen ergreifen und der Indifferentismus weichen, der schmähvoll auf dem hiesigen Arbeiterstand lastet. Wir ersuchen ferner unsere Freunde, uns bei Ueberwindung der Schwierigkeiten dieses Unternehmens dadurch behilflich zu sein, daß sie die Abonnementgelder, soweit als möglich, pränumerando entrichten, damit wir allen Anforderungen gerecht werden können. Abonnements werden in jeder Versammlung, sowie bei den Mitgliedern der Commission entgegengenommen, monatliche sowohl wie wöchentliche. Im Nachstehenden bringen wir die Namen der Gastwirthe zur Kenntniss der Parteigenossen, wo unsere Blätter ausliegen, und fordern sie auf, nur solche Lokale zu besuchen, wo man unsere Bestrebungen unterstützt. Der „Neue Social-Demokrat“ liegt aus bei Senf, Geisthoh 22; Schrader, großer Schlamm 1; Hochmuth, Fleischergasse 32; Thieleke, Klauschor-Vorstadt 6; der „Volksstaat“ beim Gastwirth Bläser am Königsplatz. Die Commission zur Verbreitung des „Neuen Social-Demokrat“ und des „Volksstaat“. J. A. H. Köbiger.

Vom Rhein. (Bourgeois-Dekrete.) Friedrich Hartort konnte in seiner Broschüre: „Der Arbeiterpiegel“ (welche hier in vielen Fabriken verschleut wird) keine größere Kaltvität begehen, als der Sozialdemokratie den Vorwurf der Volksverhöhnung zu machen, ist doch gerade der intelligente und gebildetste Theil der Arbeiter sozialistisch gesinnt. Sodann legt Hartort den Arbeitern die heutige Geschäftskrise zur Last. Eine solche Absurdität ist freilich nur dem kindlich gewordenen Hartort zuzutrauen, und es wundert uns sehr, daß er die Arbeiter nicht auch für die Gründer- und Schwindlerperiode verantwortlich macht, die zum guten Theil die Kräfte heraufbeschworen hat. Hier nur einige Folgen dieser Kräfte. Vor etlichen Wochen wurde in der Räderfabrik von Gebrüder van der Hyphen eine Reduktion der Akkordarbeit (Taglohn ist den Arbeitern besagter Fabrik fast gänzlich unbekannt) von 15—20 Proz. angefangt; sodann erschien nach Publikation der Lohnreduktion ein Defekt nachfolgenden Inhalts: „Die mangelhafte Unterhaltung der Drehbänke veranlaßt uns, Folgendes zu bestimmen: Diejenigen Arbeiter, welche ihre Werkzeugmaschinen und deren umliegenden Raum nicht aufs Sauberste unterhalten, verfallen in eine Geldstrafe bis zu 5 Mark, event. Entlassung. Für tabellose Instandhaltung werden besondere Vergütungen bis zu 3 Mark angesetzt. Kleinere Reparaturen an den Drehbänken, wenn dieselben nicht durch Verschleiß vorzunehmen, sind in den Akkordpreisen einbezogen.“ Und was war das Resultat des Dekrets? Da die Dreher durch die Lohnreduktion sich genöthigt sahen, um keine weiteren Versäumnisse eintreten zu lassen, ihre Maschinen, während dieselben im Gange waren, zu reinigen, so sind in dem kurzen Zeitraum von 8 Tagen 2 Unglücksfälle (totale Verfümmelung der Finger) zu verzeichnen. Dabei legte der Fabrikbesitzer für die vielgepriesene Hartort'sche Humanität der besitzenden Klassen ein glänzendes Zeugnis ab, indem er nach dem letzten Unglücksfalle noch cynisch genug war, den Arbeitern durch einen Meister sagen zu lassen, er (der Fabrikhaber) würde morgen eine Revision vornehmen, übrigens sollten sie ihre Finger unter den Zahnrädern weglassen. Auch muß noch bemerkt werden, daß einem jugendlichen Arbeiter von 14 Jahren vor ungefähr 6 Wochen ein Arm vollständig zerquetscht wurde, wodurch die völlige Invalidität des Betroffenen herbeigeführt wurde und für sein Leben gesichert wird. Es ist hierbei der Umstand besonders hervorzuheben, daß der Verunglückte Abends ohne jedwede Beleuchtung seines Plazes seine Arbeit verrichtete, und dazu noch an einer Schraubenschneidmaschine.

Zum Schluß sei noch als Curiosum ein anderes Dekret obenbenannter Fabrik erwähnt. Dasselbe lautet: „Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, daß der Dreher H. nach langen anhaltenden inständigen Bitten wieder zur Arbeit angenommen worden ist. Für sein früheres Betragen hat derselbe eine Strafe von 5 Thlr. zu zahlen, welche der hiesigen Strafkasse zustiegen; eine Kündigungsfrist hat der H. nicht zu beanspruchen, sondern die Arbeit zu verlassen, wenn ich es bestimme. Zu obengenannten Unglücksfällen bemerke ich noch, daß es jedenfalls am Plage wäre, dahin zu wirken, daß die Betriebsmaschinen während der Reinigungszeit still zu setzen wären.“ Es ist bezeichnend, daß der Fabrikant das nur wünscht, wo doch die strengsten Befehle am Plage wären.

Duisburg, 5. April. Es verlohnt sich wohl der Mühe, Einiges über die Humanität und Arbeiterfreundlichkeit der hiesigen Fabrikanten gegenüber den Arbeitern in weiteren Kreisen bekannt zu machen. Nachdem vor einigen Monaten, wie schon damals im „Volksstaat“ bekannt gemacht wurde, die hiesigen Fabrikanten die Arbeitslöhne bedeutend herabgesetzt hatten, vertheilte die Krupp'sche Verwaltung der Johannesschütte den Hartort'schen „Arbeiter-

*) Auch von den Parteigenossen außerhalb Halle zu beherzigen.

Spiegel" — ein Nachwerk, welches nur ein Hartort zu schreiben möglich ist — unter die Arbeiter, um nachher wieder mit einer Lohnreduktion heranzutreten. Die Lohnreduktion ist nun auch mit dem 1. April in Kraft getreten. In Folge dessen haben viele Arbeiter dieser Tage die Arbeit eingestellt. Wo die Krupp'sche Verwaltung keinen Lohnabzug machte, da müssen jetzt drei Mann das thun, was früher vier Mann thaten, ja es giebt Fälle, wo ein Mann die Arbeit von drei Mann thun muß, so daß jetzt Alles auf der höchsten Spitze der Ausbeutung steht. Das sind die Früchte des famosen Hartort'schen „Arbeiter spiegels“ und der berühmten Reden des Ministers Camphausen über die Arbeitslöhne. Es ist aber sehr zu wünschen, daß solche Brochüren und Reden von Krupp, Hartort*) und Camphausen unter das Volk gebracht werden, denn das ist für unsere Bewegung nur von Nutzen. Viele Arbeiter gab es noch auf der Johannisbütte, welche die Sozialdemokraten nur für Aufwiegler und unzufriedene Leute hielten, jetzt aber sind dieselben zu einer ganz anderen Anschauung gekommen. Sie gestehen jetzt ein, daß die Fabrik der Bourgeoisie unerlässlich ist; und wenn Krupp noch mehr als 34 Millionen Thaler besäße, so würde er einem armen Arbeiter ein etwas erträgliches Leben doch nicht gönnen.

Das Verfahren des Hrn. Krupp scheinen sich auch die anderen Fabrikanten zum Vorbild genommen zu haben, denn auf einem hiesigen Werke ist vorige Woche den Arbeitern angezeigt worden, daß wiederum ein Lohnabzug von 10 pCt. eintreten müsse. Wenn die Bourgeoisie auf diese Weise die Löhne fortreducirt, dann werden die Arbeiter bald dahin kommen, nur noch trodenes Brod essen zu können. Aber auch den Sonntag und jedes Bergnügen wollen uns die „Herren“ rauben. Auf den meisten hiesigen Walzwerken lassen die Fabrikanten die Fabriken bis Mittwoch oder Donnerstag stillstehen, um dann neun oder zehn Tage ununterbrochen fortzuarbeiten. Wahrscheinlich glauben sie, wenn der Arbeiter nicht viel verdient, braucht er den Sonntag auch nicht spazieren zu gehen. Von Entweihung des Sonntags, von Untergrabung religiöser Sitten sprechen sie in diesem Falle nicht. Auch die Polizei sagt nichts dazu. Weil wir gerade bei der Polizei sind, so diene Folgendes zur Charakterisirung derselben.

Für Leitung der Röhren zur städtischen Wasserleitung in der Feldmark läßt die städtische Verwaltung 5—6 Fuß tiefe Gräben auf einer Seite der Straße längs den Häusern aufwerfen und Tag und Nacht offen stehen. Die Polizei, die sonst immer schnell steht und hört, wenn es gilt, die Sozialdemokraten zu verfolgen, hatte in dem Offenbleiben der Gräben nichts Gefährliches noch Polizeiwidriges gesehen, bis in der Nacht vom 1. auf den 2. April ein Polizeiergeant selbst beim Nachhausegehen darin verunglückte. Jetzt erst werden Nachts Laternen angezündet und Wachen aufgestellt.

Süchteln. Seit der Wahlagitation sind im Kreise Kempen keine größeren Versammlungen unseits abgehalten worden. Auf Anregung des Herrn Rich. Wolf aus Barmen wurden auf den 24. und 25. Januar in Süchteln und auf den 26. und 27. Jan. im benachbarten Dülken Volksversammlungen anberaumt. Kempen und andere Orte des Kreises waren noch vorgesehen. Jedoch wurde die Agitation durch die Verhaftung Wolf's in Süchteln am 25. Januar, worüber schon berichtet wurde, lahm gelegt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, dachten einige Sozialdemokraten hiesiger Gegend und ordneten mit Zustimmung Wolf's auf den 13. März Abends in Dülken, auf den 14. März in Kempen und auf den 15. März in Süchteln Volksversammlungen an mit der Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten.“ In Dülken vorhanden es einige Stammgäste des Hotel Stoll's, die Bestreben so zu beeinflussen, daß diese ihr gegebenes Wort brach. Der Saal blieb verschlossen und konnte somit die Versammlung nicht abgehalten werden. Gemüthliche Unterhaltung wurde in einem andern Lokale gehalten. Besser ging's in Kempen und Süchteln. Beide Versammlungen waren stark besucht, was wohl dem Umstände theilweise zuzuschreiben ist, daß Wolf am 25. Januar in Süchteln verhaftet, geschlossen nach Cleve abgeführt und schließlich dort nach 3 1/2 wöchentlichem Haft gegen Caution vorläufig entlassen und schließlich am 5. März freigesprochen wurde. Die Beschuldigung stützte sich auf die §§. 130, 131, 166. Sämtliche hier gehaltenen Reden Wolf's wurden mit allgemeinem Beifall von den einsichtsvolleren Arbeitern aufgenommen. In Kempen forderte Herr Joh. Sauren aus M.-Glabbach die dortigen Arbeiter auf, den „Volkstaat“ und die sozialdemokratischen Schriften zu lesen, um sich mit der Arbeiterbewegung mehr bekannt zu machen. — Als Charakteristikum noch die Mittheilung, daß im benachbarten Loberich am 2. Sept. vor. J. (Sebansfeier) die Arbeiter einer dortigen mechanischen Sammelbandfabrik mit Paradezug, Festzug unter Anführung der Direktoren und Werkmeister, mit Bier, Musik, Reden und Toasten — und vorige Woche mit bedeutender Lohnverminderung beglückt wurden. Am 5. April hatten Herrn Schrörs, van den Berg, Th. Stelleßen, Heimr. Köllchen, Ludw. Lenzgen, Jal. Dammer, Jal. Dohr und Joh. Rapper von hier vor der Königl. Appellationskammer des Königl. Landgerichts zu Cleve zu erscheinen, um in der Untersuchungssache wider Herrn Schrörs und Genossen wegen Vergehens gegen die §§. 8 und 16 der Verordnung vom 11. März 1850 über die Seitens des öffentlichen Ministeriums und des Beurtheilten, Schrörs, gegen das Urtheil des Justizpolizeigerichts zu Cleve vom 5. März o. e. eingelegte Berufung verhandelt zu werden. Ueber den Ausgang dieser Verhandlung später.

Salle a. d. S., 19. April. Am hiesigen Orte ist plötzlich eine nicht unerhebliche Differenz zwischen den Maschinenbauern und den Fabrikanten ausgebrochen. Letztere beabsichtigen an Stelle der bisherigen 10stündigen Arbeitszeit die 11stündige zu setzen. Daraus wollen jedoch die Arbeiter keineswegs eingehen. Es erfolgte somit heute der Arbeitsausschluß zunächst in den Fabriken von Wegelin u. Hübner, Weise u. Mondky, Engelin u. Weber und Kaltwasser; ca. 200 Mann sind demnach arbeitslos. Die Fabrikanten sind entsetzt, Alles gegen uns zu unternehmen, wir stehen jedoch ebenfalls fest; die Zahl der Arbeitslosen kann sich also noch vergrößern und der Kampf nach diesen Anzeichen ein ernstlicher werden. Kollegen und Freunde! haltet von allen Seiten den Bezug nach Halle fern. Wie verlautet, beabsichtigt man, Arbeiter aus Chemnitz heranzuziehen, um uns zu zwingen, auf die Forderungen der Fabrikanten einzugehen.

Briefe und etwaige Unterstellungen sind zu richten an den Schneidemeister Hrn. Toß, gr. Steinstraße 73.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Verbreitung dieses gebeten.

Offendach. Zur gewerkschaftlichen Bewegung. Die Betrachtung des kolossalen Aufschwunges, den die politische Bewegung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse durch die bevorstehende Ver-

einigung für die Zukunft erlangt wird, und fernher die traffe Reaction, in welcher wir uns befinden und in welche wir täglich ärger hineingerathen, sollten doch ihre Einwirkung auf die gewerkschaftliche Agitation nicht verfehlen. Denn 1) sollte das Vorgehen der beiden politischen Arbeiterfraktionen als Muster zur Nachahmung dienen, und 2) dürfte die herrschende Reaction doch jedenfalls die jetzt schon gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu der Einsicht zwingen, daß auch auf diesem Gebiete etwas Großes und Ganzes geschaffen werden muß, um den Vorkämpfern, wie dieselben heute in Scene gesetzt werden, einen Damm entgegenzusetzen. Jetzt dürfte es noch Zeit sein, einen Schutzwall aufzurichten, warten wir aber, bis die einzelnen Branchen abgeschlachtet sind, so dürften wir das heute Versäumte vielleicht jahrelang bereuen. Es wird nun Mancher sagen, treten in diese oder jene Organisation ein. Aber das ist es ja gerade, wodurch wir Schaden leiden; die vielen Zersplitterungen sind der große Hemmschuh des Ganzen.

Trotz der vielen Vereins- und Fachvereins-Krämerie lassen sich sämmtliche Organisationen und Organisationen in 3 Abtheilungen zerlegen. Nämlich 1) in sozialistische (sundirte); 2) in „harmonisch“ (sundirte) und 3) in die Lokal- und Fachvereine, als die indifferenten, denn eine andere Bezeichnung verdienen diese Organisationen nicht. Durch die gegenwärtige Situation gedrängt, sollte man glauben, müßten die aufgeklärten Elemente sich sagen, daß Einheit vor Allem noth thue, und daß diese nur dann möglich sei, wenn eine Vereinigung der gesammten Arbeiterkraft erzielt werde. Vergesse man doch nicht die Parole, welche der preussische Finanzminister ausgegeben hat, und daß dieselbe schon von Königl. Eisenbahn-Direktoren angewendet wird; diese Parole, sie wird freudige Nachahmung finden auf allen Gebieten und in allen Zonen, wo der Klassenstaat dominiert. Daß grade der preussische Minister die Parole zur Lohnreduktion ausgab, ist charakteristisch, und es ließe sich noch viel darüber schreiben; aber der Arbeiterklasse müssen und werden doch endlich die Augen aufgemacht. Wie schon erwähnt, sollten solche Thaten der Arbeiter jede Lust zur Sonderbildung ablehnen, und die Erkenntniß sollte ganz von selbst kommen, daß nicht die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wohl aber die Harmonie zwischen den Arbeitern selbst allein ersprießlich für sie sein kann.

Belanntlich bestehen bereits schon sehr tüchtige und lebensfähige Organisationen auf sozialistischer Basis; an diesen wäre es nun zunächst, etwas zu unternehmen, was die schon bestehende Gewerkschafts-Union besser zu fördern im Stande ist. Vielleicht wäre zu diesem Behufe ein Unions-Congress am Plage; man könnte mit dem Congress gleichzeitig die Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften abhalten. Es ließe sich das ganz leicht bewerkstelligen, und an dem guten Willen wird es von Seiten der Leiter der Gewerkschaften wohl nicht fehlen. Ein Dollwerk muß geschaffen werden, welches den oben geschilderten Ausbeutungsplänen sämmtlicher Gegner Einhalt gebieten kann. Also, Arbeiter Deutschlands, wollen wir etwas Großes und Ganzes schaffen, so gehen wir in diesem Sinne vor; diskutirt allenthalben diesen Vorschlag. Die Ausführung ist leicht, — wenn wir nur wollen.

Sangerhausen. Unterzeichneter wünscht mit Parteigenossen von Halle a. d. S., Nordhausen und Umgegend in Partei-Angelegenheiten zu correspondiren.

R. Kettler. Graunengasse Nr. 141.

Danzig. Wer sich in Danzig zu den sozialdemokratischen Joven bekant, möge nicht ermangeln, sich bis zum 28. d. M. bei J. Leh, Pfefferstadt 61, Hinterhaus (von 7 Uhr Abends an) einzufinden*).

Mannheim, 9. April. Am 30. März hielten wir eine Versammlung der beiden Arbeiterfraktionen ab, in der folgende Anträge zum Sozialistenkongress angenommen und deren Veröffentlichung in beiden offiziellen Organen beschlossen wurde. 1) Wenn die Vereinigung der beiden Fraktionen sich vollzogen hat, möge der Kongress dahin wirken, daß alle Broschüren und Schriften, die in der Partei herausgegeben werden, in gleichem Format gedruckt werden. 2) möge der Kongress beschließen, daß alle Gesetze, die im Reichstage gemacht werden, in Beilagen, oder den „Sozialpolitischen Blättern“ oder im „Volkstaat-Erzähler“ in kleinem Druck abgedruckt werden, damit es dem Arbeiter möglich gemacht werde, die Gesetze kennen zu lernen und sie zu jeder Zeit nachzuschlagen.

Im Auftrage der Versammlung: Varber, Schriftführer.

Pforzheim, 6. April. (Aus dem Schöffengerichtssaal.) Heute Dienstag fand eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht statt, welche an die Öffentlichkeit zu kommen verdient. Gegenstand derselben war eine Anklage gegen J. Bester von Birkenfeld, Fabrikant dahier, wegen Körperverletzung, welche verübt wurde in der Wirtschaft zur goldenen Kette hier. Der Hergang war nach der Zeugenaussage folgender: An einem Sonntag Abend saßen Bester und die Goldarbeiter König und Küller, letztere von Huchensfeld, bei einander in der Wirtschaft zur goldenen Kette und unterhielten sich. Da kam ein Bierler hinzu, welcher Bester fragte, wo er herkomme, worauf er die Antwort erhielt, er komme von der Turnhalle, wo Pfarrer Schuster Vortrag gehalten habe. Kurz darauf bekamen R. und B. Wortwechsel miteinander, während dessen B. den R. ins Gesicht schlug, daß dessen Hut zu Boden fiel; als R. seinen Hut aufheben wollte, mißhandelte ihn B., so, daß er bedeutende Verletzungen erlitt. Als Grund zu seiner Rohheit gab B. an, R. habe gesagt, er (R.) wolle von Schuster und von den Pforzheimer Fabrikanten nichts wissen, was auch die Entlastungszeugen bekäftigten, während die anderen Zeugen dies nicht gehört haben wollen. Die Großherzogliche Staatsanwaltschaft beantragte gegen B. eine längere Haft wegen Körperverletzung und Gebrauch eines gefährlichen Instrumentes. Der Verteidiger des Angeklagten (ein altkatholischer Nationalliberaler), Herr Anwalt Bed von hier, beantragte Freisprechung, indem er betonte, daß B.** vollkommen im Recht war, als Fabrikant den König zu schlagen, wenn dieser sich des Ausdrucks bediente, er wolle von Schuster und den Fabrikanten nichts wissen. Natürlich betonte er noch, R. sei ein Sozialdemokrat, darum wolle er von Schuster und den Fabrikanten nichts hören, weil diese den Sozialisten gegenüber treten. Das Urtheil lautete: Der Angeklagte J. Bester von Birkenfeld, Fabrikant hier, wurde wegen Thätlichkeiten an öffentlichen Orten und Gebrauch eines gefährlichen Instrumentes in eine Geldstrafe von 12 Mark verurtheilt. Während Verlesung des Urtheils gab es Gelächter im Zuhörerraum, worauf der Präsident des Gerichts eine Person vortraten und dieselbe per Polizei in das Gefängniß abführen ließ. Der so Gefasste war ein ruhiger Bürger Namens S. Reppler dahier, und obgleich er sich noch entschuldigen wollte,

*) Die dem Briefe beiliegenden 5 Groschen sind, da keine Annoncen-gebühren zu zahlen, dem Fond für die politisch-demokratische Bewegung zuzurechnen. R. d. S.

**) Bester ist kein wirklicher selbständiger Fabrikant, sondern er arbeitet nur mit einem andern zusammen.

wurde er von der Polizei Vormittags halb 11 Uhr durch die Stadt wie ein Verbrecher in das Gefängniß transportirt, um die ihm judicirte Strafe von 24 Stunden abzuhängen. Es ist nicht meine Absicht, das Verfahren des Gerichtes unbedingt zu tadeln, aber meiner Ansicht nach hätte man doch zuerst untersuchen sollen, wer gelacht hat, dann hätte sich vielleicht eine andere Persönlichkeit vorgefunden, auch hätte man dann nicht gerade nöthig gehabt, den Schuldigen per Polizeibegleitung abzuführen, der Mann konnte doch auch allein seine Strafe antreten. Ich kann nicht unterlassen, besonders noch dem Verteidiger meinen Dank auszusprechen für die Bekämpfung der Sozialdemokratie in seinem Vortrage. Es wird nur beides nichts helfen, Herr Anwalt Bed, und wenn Sie sich noch so sehr bemühen, die Sozialdemokratie zu verdonnern, wie schon in einigen Verhandlungen gesehen ist, die Sozialdemokraten wehren sich gerade durch Ihren Eifer und Urtheile, wie das besprochene, machen den Leuten auch die Augen auf.

3. r.

Quittung
der Expedition. S. Rith Berlin Ann. 0.50. J. Mär hier Schr. 15.00. J. Rth Wandsbed Ann. 8.00. Holzarb.-Berein Wien Ab. 1.84. Dr hier Ab. 3.60. Schr. 9.00. Pömann Oberlangwiz Ann. 0.40. Drst Hamburg Ann. 1.10. Rd Würzburg Schr. 3.55. Fr. Engl Rendunig Ab. 78.00. Fr. Fredsch Nager Ab. 33.20. C Zeit Schr. 0.40. Hg Pfladerphila Ab. 90.00. Rth Jiltan 0.60. Adh Leipzig Ab. 6.00. Hrg Schneeberg Schr. 4.20. Deutscher Verein Zürich Schr. 27.30. El Altona Ab. 49.70. A. Trimmann Berlin Ann. 0.20, Schr. 30.00.

Fond f. pol. Gemahregelie.
Von G. S. Planen 2.70, 2. Danzig 0.50.
Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bez. Antheilquantitäten erhielten ferner: In Planen G. S. 30.00.

Anzeigen etc.

Die rechts in [] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.

Angsburg
Somitag, den 24. April, bei Herrn Linder (Blossfeld):
Monatsversammlung.
Der Ausschuß.

Sozialdemokraten Angsburgs und der Umgegend.
Sonntag, den 25. ds. Mts., Nachmittags (bei gänzliger Bitterung):
Gemeinschaftlicher Spaziergang nach Göggingen. [115]

Berlin
Sonntag, den 25. April, Vormittags halb 11 Uhr:
Große Versammlung
des „Wahlvereins“
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in Post's Salon, Rüdersdorfer-
straße 45 (am Ostbahnhof).
Tagesordnung:
„Die Volksgesundheit ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe.“ Referent:
Dr. Stamm. Der Vorstand. [100]

Breslau
Montag, den 26. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale
des Herrn G. Scholz, Wehnerstraße und U. Großen-
gassen-Ecke:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Der Sozialismus als Kulturwerk.
Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein
C. Just. [60]

Cöln
Sonntag, den 25. April, Morgens halb 11 Uhr, in der
Restauration zur See, am Hof:
Öffentliche Versammlung der Steinmehren Cölns und Umgegend.
Tagesordnung: Das Steinmeh-Handwerk im grauen Mittelalter bis
zur Jetztzeit und das Programm der deutschen Steinmehren. Referent:
K. Jabel aus Berlin.

Abends von 8 Uhr ab:
Zweites Stiftungsfest
verbunden mit Festschere und Ball, in den Räumen des alten Kupferz,
an der Schützengasse. Entré gegen Vorzeigung der Karte 75 Pfennige.
Alle Freunde der Arbeiterfrage sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand. [245]

Kleinzschöcher
Sonntag, den 25. ds. Mts., Nachmittags
halb 4 Uhr, in Lange's Restauration:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Bericht über die letzte Reichstags-Session. Referent:
Reichstagsabgeordneter Herr Viehnecht. (2a) Das Comitö. [50]

Leipzig
Montag, den 26. d. M.: Versammlung bei Fröhlig,
Nikolaistraße Nr. 33. — Tagesordnung: 1) Fortsetzung der Diskussion
über eingelaufene und zu stellende Anträge an die Generalversammlung.
2) Beschiedenes. [50]

Leipzig
Einladung zur Gedächtnisfeier Ferdinand Lassalle's,
Sonabend, 24. April, im Saale „Restaurant Bellevue“
(Leipziger Saal). Bestehend in Concert, Festschere und Ball. — Anfang
8 Uhr, Ende früh 5 Uhr. — Programm 20 Hgr. — Damen in Be-
gleitung frei. — Zahlreichen Besuch erbitet Das Comitö. [50]

Leipzig
Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag, den 26. April, Abends 8 Uhr: Versammlung
bei Jakob, Petersstraße 15 (goldner Arm).
Tagesordnung: Vortrag von Herrn Dr. O. — Gäste willkommen.
D. S. [50]

Leipzig
Dienstag, den 27. April, Abends 8 Uhr, bei Jacobi,
Rosenthalgasse, im Saal:
Bierabend-Bersammlung
der Schneidergehülden Leipzigs und der Umgegend.
Tagesordnung: Die heutige Produktionsweise unseres Gewerbes und
deren Folgen. — Gäste willkommen. D. S. [80]

Leipzig
Sonabend, den 24. April:
Drittes Stiftungsfest
in der „Lomballe“ (Eiserstraße), wodurch Freunde und Gönner hierdurch
eingeladen werden. — Anfang 7 Uhr. [150]

Zimmer
Sonntag, den 24. d. M., im Lokale des Herrn Kirgels:
Concert und Ball
zur Feier des 50jährigen Gedächtnisfeier Ferdinand Lassalle's. — Anfang
5 Uhr. Das Comitö. [100]

Photographien von Theodor Dord
in Bistenkartenformat
à 25 Pfennige das Stück, zwei Duzend zu 5 Rmk. gegen baar;
in klein Folio-Format
à Stück 3 Rmk., 6 Stück gegen baar 15 Rmk.
sind zu beziehen von der
Expedition des „Volkstaat“.

Verantwortlicher Redacteur: G. Rindl.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Leipzigerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.